



Hälfte

Unabhängiger Mediendienst zur Arbeit und zur Erwerbslosigkeit

Verantwortlich: Paul Ignaz Vogel, Wabersackerstrasse 21, CH-3097 Bern-Liebefeld,
Telefon: 031 972 82 23, e-mail: haelfte@freesurf.ch

Hoffnungsloses Warten auf Vollbeschäftigung

Technologische und gesellschaftliche Strukturveränderungen haben die Arbeit schrumpfen lassen. Anstatt diese an alle gerechter zu verteilen, träumen PolitikerInnen von einer guten alten Zeit der Vollbeschäftigung, die es wieder herzustellen gelte. Um Leistungen der Sozialversicherungen zu sparen, sollen gesunde und behinderte Erwerbslose vermehrt Arbeit leisten, die es nicht gibt. Dazu nimmt Frau Dr. Chantal Magnin* Stellung:

Frage: Bei der Sozialhilfe heisst es „Arbeit statt Fürsorge“. Nun sollen mit der Devise „Arbeit statt Rente“ auch Behinderte integriert werden. Woher die Arbeit nehmen, die fehlt?

Magnin: Das ist die grosse Frage. Die Mehrbelastung der Sozialhilfe und der Invalidenversicherung sind ja gerade Ausdruck davon, dass es nicht genug Arbeit gibt. Durch den ökonomischen Druck werden Arbeitsplätze wegrationalisiert und viele Arbeitskräfte überflüssig. Verschärfend hinzukommt, dass überhöhte Leistungsanforderungen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und in der Folge zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit führen können. Ein für alle Arbeitnehmenden passendes Stellenangebot lässt sich nicht erzwingen. Es ist abhängig von der Wirtschaftslage und vom politischen Willen.

Frage: Die Gesetzesrevision der Invalidenversicherung (IV) sieht eine enge Zusammenarbeit mit den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) der Arbeitslosenversicherung (ALV) vor. Welche Folgen hat dies für die betroffenen Erwerbslosen?

Magnin: Die RAV konnten wichtiges Know-how und Kontakte zur Wirtschaft aufbauen. Es ist deshalb sinnvoll, wenn auch andere Gruppen als nur die „Stempelnden“ in den Genuss dieser Dienstleistung kommen könnten. Das Problem besteht jedoch darin, dass die Versicherten der IV zur „Mitwirkung bei der Integration“ verpflichtet werden sollen. Was auf den ersten Blick als gut gemeint erscheint, erweist sich auf den zweiten als eine Farce. Alibibewerbungen werden, wie bei der ALV, auch in der IV Einzug halten. Statt mehr Druck auf die Betroffenen bräuchte es für alle ein professionelles Beratungsangebot. Vielen Menschen fehlen die Informationen, die sie zur Unterstützung ihrer eigenen Integrationsbemühungen bräuchten.

Frage: Arbeit fehlt für Gesunde und Behinderte. Welche Politik empfehlen Sie den Gewerkschaften?

Magnin: Zum Beispiel fordern die Gewerkschaften Anreize für Unternehmen, damit diese Arbeitsplätze für Arbeitnehmende schaffen, die in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind. Das ist sicher ein guter Ansatz. Doch dadurch können nicht alle wegrationalisierten Arbeitsplätze aufgewogen werden. Es gilt daher, den Fokus der gewerkschaftlichen Politik auf neue Konzepte in der Sozialpolitik zu erweitern und somit die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder auch in diesem Bereich zu vertreten. Stattdessen halten die Gewerkschaften an der Idee der Vollbeschäftigung fest. Dies trägt dazu bei, vernünftige Lösungen zu verhindern. Solche wird es in Zukunft brauchen, wenn wir die Probleme der Menschen, die keine Arbeit mehr finden, ernst nehmen wollen.

** Dr. Chantal Magnin arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Bern (www.soz.unibe.ch). Von ihr erschienen ist kürzlich die Studie: Chantal Magnin, Beratung und Kontrolle, Widersprüche der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit, Seismo-Verlag, Zürich 2005, ISBN 3-03777-027-9.*